Unterrichtung

Hannover, den 02.03.2022

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019

Haftungsprüfungen in Insolvenzfällen

Beschluss des Landtages vom 14.09.2021 - Drs. 18/9924 Nr. 34 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bedauert, dass die Haftungsprüfungen in Insolvenzfällen diverse Mängel aufweisen. Die Steuerverwaltung sollte zukünftig sicherstellen, dass die Finanzämter die einschlägigen Verwaltungsvorschriften beachten. Darüber hinaus sollte die Steuerverwaltung die Haftungsprüfungen nach § 13 c Umsatzsteuergesetz wieder statistisch erfassen und eine zentrale Bearbeitung dieser Fälle in den Finanzämtern prüfen.

Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, bis zum 31.03.2022 über das Veranlasste zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 25.02.2022

Das Landesamt für Steuern Niedersachsen (LStN) hat die Finanzämter gebeten, die einschlägigen Verwaltungsvorschriften für die Bearbeitung von Haftungsfällen nach § 13 c Umsatzsteuergesetz (UStG) zu beachten. Überdies greift es das Thema der Haftung nach § 13 c UStG in entsprechenden Schulungen und Geschäftsprüfungen auf. Darüber hinaus hat das LStN die vom LRH angesprochenen Praxishinweise klarstellend in die einschlägige Veranlagungsverfügung „Grundsätze für die Bearbeitung von Haftungsfällen i. S. d. § 13 c UStG bei rückständiger Umsatzsteuer“ aufgenommen.

Außerdem hat das LStN die Finanzämter in dieser Veranlagungsverfügung auf die Wiederaufnahme der Pflicht zu statistischen Aufzeichnungen entsprechender Vorgänge hingewiesen. Die Anzahl der durchgeführten Haftungsprüfungen und der sich daraus gegebenenfalls ergebenden Haftungsfälle ist dem LStN von den Finanzämtern zukünftig halbjährlich, beginnend am 30.06.2022, zu übersenden.

Ab dem 01.12.2021 hat das LStN ferner mit der Pilotierung einer zentralen Bearbeitung von Haftungsfällen nach § 13 c UStG begonnen. Bei der Auswahl der sechs Pilotfinanzämter hat es insbesondere auch darauf geachtet, dass diese die Struktur der niedersächsischen Finanzämter repräsentativ abbilden. Im Rahmen der Pilotierung ist ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen den Pilotfinanzämtern vorgesehen. Für Mitte 2022 ist ein erster gemeinsamer Erfahrungsaustausch aller beteiligten Finanzämter und des LStN geplant. Belastbare Aussagen zur Zweckmäßigkeit der Zentralisierung können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden.

(Verteilt am 02.03.2022)